

wolle, so verriet der Kandidat, mit Pädagogik-Studenten nach dem Muster des West-Berliner Schüler-Ladens „Rote Freiheit“ so etwas wie „Stadtteil- und Betriebsarbeit“ leisten. Mathematik-Kenntnisse sollten die angehenden Lehrer hingegen „mal eben in Intensivkursen erwerben“, denn: „Mathematik isoliert zu vermitteln“ sei „völlig idiotisch“.

Der Tierfreund aus Bayern und der volksnahe Assistent markieren die Extreme unter den Interessenten für 42 Hochschullehrerstellen, die an Bremens neuer Universität zu besetzen sind. Doch an der Weser ist weder „platter Hau-ruck-Marxismus“ (so Jura-Assistent Detlev Albers, ehemals Mitbegründer der Bremer Uni) noch jener „Professoren-Typ gefragt, der mit einem Schwall von Assistenten und so'n Zinnobor herkommen möchte“ (so Gründungsrektor Thomas von der Vring).

Daß Westdeutschlands jüngste Hochschule nach einem neuen Typ sucht, wurde letzte Woche offenbar, als sich in den Seminarräumen der Pädagogischen Hochschule rund 120 Bewerber den aus je zwei Professoren, Assistenten und Studenten bestehenden Berufungskommissionen stellten — „in einem barbarischen Verfahren“, wie der Tübinger Pädagogik-Professor und Kommissionsvorsitzende Hans Thiersch befand. Es war ein Testfall für die künftige Position dieser Universität, die — mal Wunsch-, mal Alptraum — schon vorweg als „Brutstätte der Revolution“ galt und nun, nach über zehn Jahren bürokratischen und ideologischen Gerangels, das Personal für den Lehrbetrieb sucht, der im Herbst beginnt.

Um den Zeitplan einzuhalten, blieb den sechs Kommissionen keine andere Wahl, als das öffentliche Verhör jeweils nach einer Stunde oder schon früher rigoros abubrechen. „Jetzt wird's ja gerade erst interessant“, räumte Kommissionschef Thiersch dem Münchner Privatgelehrten Dr. Ulrich Sonnemann ein, der sich um eine Professur für Psychologie bewirbt, „aber die Zeit ist um.“ Immerhin reichte in den meisten Fällen die Zeit aus, um die „ganz Flauen auszuondern“ (von der Vring).

Zeit kosteten zum Beispiel Kandidaten wie der Jurist Dr. Ulrich Eckhardt von der Bonner Stadtverwaltung, der eine Professur für Bildungsrecht im Rahmen der Lehrerbildung anstrebt. Er möchte an der Weser „Politik machen und Strategien entwickeln“ und bietet als Beispiel dafür an: Vermittlung juristischer Kenntnisse, damit die Lehrer später „besser mit der Schulverwaltung umgehen können“.

Ungewöhnlich verlief auch die Vorstellung des Zürcher Architekten Jörn Janssen, der im kleinsten Bundesland Sozialwissenschaftler werden möchte. „Ich lernte ein Mädchen kennen“, plauderte Janssen mit der Berufungskommission, „mit dem ich viel über den Chiemsee gerudert bin, und die hat viel von Architektur erzählt, und dann habe ich Architektur studiert.“ Als Janssen nach dem Studium seine Kenntnisse in die Praxis umsetzen

wollte, ist er nach eigenem Bekunden „radikal gescheitert“.

Sinnvoller erschien den Bremer Kommissaren der Disput mit solchen Bewerbern, die neben der fachlichen Qualifikation die „Fähigkeit zur interdisziplinären Kooperation“ mitbringen und dabei „die gesellschaftlichen Implikationen von Forschung und Lehre beachten“ (von der Vring).

Kooperieren und gesellschaftskritisches Reflektieren aber fällt, wie das Fünftage-Hearing erwies, jungen Assistenten offensichtlich leichter als älteren Ordinarien, die es zumeist versäumt haben, die Grenzen ihrer Spezialdisziplin zu überschreiten.

„Ich mußte schon seit Jahren“, versichert der Hamburger Dozent für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hans-Jürgen Teuteberg, „über die Zäune meines Faches hinwegsehen.“ Den-

Besetzung zu einem Pluralismus kommen.“ Wenn es anders kommt, will Bürgermeister Hans Koschnick zur Stelle sein. Vorsorglich ließ er vor dem Hearing wissen: „Oktroyieren kann man mir keinen Hochschullehrer.“

FERNSEHEN

ZDF

Hundertprozentig korrekt

Im Gasthaus „Bobbeschänkelche“ in Wiesbadens Röderstraße 39, jeden Mittwoch Treffpunkt zechender TV-Leute vom Zweiten Deutschen Fernsehen, blieben Mitte letzter Woche Stammgäste aus. Von den Redakteuren der Mainzer Aktualitäten-Sendung „ZDF-Magazin“, die sich sonst nach getaner Bildschirmarbeit



ZDF-Moderator Löwenthal: „Jemand von der NPD im Raum?“

noch ist fraglich, ob Teuteberg einen Ruf erhält, und er meint auch zu wissen, woran es bei ihm hapert: „Ich bin ja kein Marxist, und darum sind meine Chancen gleich Null.“

In der Tat gehörte Teuteberg zu den wenigen Kandidaten, die nicht mit Linksbekennnissen auftraten. Gründungsrektor von der Vring, der sich immer noch müht, das von der bürgerlichen Presse geprägte Klischee von der „roten Bremer Kaderschule“ zu beseitigen, räumt ein: „Ein Drittel der Bewerber geht von der materialistischen Erkenntnistheorie aus.“

Doch ob dieses Drittel nun in Bremen auf die Lehrstühle rückt, steht dahin. Denn die Berufungskommissionen können nur Kandidaten vorschlagen — die Entscheidung hingegen liegt beim Gründungssenat der Universität und dem politischen Senat der Hansestadt.

„Wir werden darauf achten“, verspricht Thomas von der Vring schon jetzt, „daß wir bei der endgültigen

nebst Anhang zu gelockerter „Magazin“-Kritik versammeln, hatten die meisten auf den Umtrunk verzichtet.

Denn diesmal war das Programm-Palaver schon vorher in einen erbitterten politischen Zwist umgeschlagen: In der Abteilung des „Magazin“-Moderators Gerhard Löwenthal, 48, hatten sich die schon lange währenden Reibereien zwischen Rechtsgestimmten und Gemäßigten in einem offenen Konflikt entladen.

Das „Magazin“-Klima war zusehends getrübt, seit Löwenthal seinen Widerwillen gegen die Bonner Koalition mit immer größerem Vokabular vortrug. Und immer weniger Redakteure mochten den polemischen Parolen des Chefs gegen Linke und Liberale folgen.

Der Verdruß einte Kollegen unterschiedlicher Position: Mitglieder und Anhänger der CDU, Genossen und Sympathisanten der SPD. Schließlich genügte ein nichtiger Anlaß, dieses Gros der „Magazin“-Männer gegen die

millitante Minderheit um Löwenthal aufzubringen.

Zehn Wochen nach dem Clinch ihres Moderators mit „Stern“-Chef Henri Nannen begann das Spektakel beim Mittagessen. In einer Redaktionskonferenz im Wiesbadener ZDF-Haus war soeben darüber diskutiert worden, ob man wohl einen Film über die Mahler-Baader-Meinhof-Gruppe für das „ZDF-Magazin“ drehen solle.

Die Redakteure Günter Ederer, 29, Ekkehard Kuhn, 32, Dr. Hermann Kühn, 37, Knut Terjung, 30, sowie der freie Mitarbeiter Helmut Kamphausen, 46, spannen beim Boulettenessen in der Kantine den Faden weiter. „Magazin“-Mann und CDU-Mitglied Ederer wollte vom Kollegen Kamphausen wissen, wem er notfalls den Vorrang geben würde — der NPD oder den Jusos. „Ohne Zögern“, notierte Kuhn später in einem Gedächtnisprotokoll, „entschied sich Herr Kamphausen für die NPD“, die „ja nicht das Grundgesetz der BRD in Frage“ stelle und „eine demokratische Partei“ sei.

Auch Löwenthal-Gefolgsmann Hermann Kühn, CDU-naher Philologe und vom ersten Tag an beim ZDF, wählte nach einigem Zögern „dann schon lieber die NPD als das kleinere Übel“. Und schließlich ging es noch um Griechenland oder Sowjet-Union.

Kamphausen erinnert sich: „Ich entschied mich für Griechenland. Aber niemals habe ich in dem Gespräch etwa gesagt, daß die NPD eine demokratische Partei sei.“ Gleichwohl lieferte das Frikadellen-Geplänkel den Vorwand, Gerhard Löwenthal den Kleinkrieg zu erklären.

In der Redaktionskonferenz am Donnerstag vorletzter Woche erbat Redakteur Dr. Günter Schubert, 41, Historiker und SPD-Mitglied (Löwenthal-Stellvertreter Wolfgang Weinert: „Schubert ist der Atomkern, die anderen sind die Atome“), von seinem Chef ein politisches Bekenntnis: „Uns geht es darum, ob eine derartige politische Gesinnung, wie sie sich in den Äußerungen der Herren Kamphausen und Dr. Kühn offenbart, in dieser Redaktion vertretbar ist und wie Sie sich als Redaktionsleiter dazu stellen.“

Löwenthal stellte sich stur: „So könnt ihr mit mir nicht verfahren.“ Er nannte die beim Essen gestellte Frage nach der NPD und den Jusos „dumm und unzulässig“ und lehnte es ab, sich „von einem Gespräch zu distanzieren, bei dem ich nicht dabei war und über das es verschiedene Versionen gibt“.

Als der „Magazin“-Verwalter sich schließlich erkundigte: „Gibt es jemanden in diesem Raum, der Mitglied der NPD ist, der sich zur NPD bekennt, sich mit ihrem Gedankengut identifiziert?“, marschierte SPD-Mann Schubert („Die Situation ist für mich unerträglich“) zur Tür hinaus. Mit ihm zogen acht Männer und eine Frau, Redakteure und Mitarbeiter — darunter auch Jürgen R. Meyer, der für Löwenthal den Bevilacqua-Film gegen Henri Nannen recherchiert hatte.

Noch am selben Nachmittag formulierten die Aufrührer einen Brief an den ZDF-Intendanten Professor Karl Holzamer (CDU) und baten: Da Lö-

wenthal es ablehne, möge er, Holzamer, „für unsere Redaktion und darüber hinaus für das ZDF“ eine Distanzierung von den Äußerungen Kamphausens und Kühns besorgen. „Die Unterzeichneten“ — zwölf Löwenthal-Mitarbeiter, darunter neun Redakteure — „sind der Meinung, daß es keine Alternative, keine Fragestellung und keine Situation geben kann, die einem politischen Redakteur in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt eine Stellungnahme zugunsten der NPD gestattet“.

Doch das Schreiben gelangte auf dem Dienstweg nur bis zum Schreibtisch des CDU-nahen Chefredakteurs Dietrich, der die Bittsteller beschwor, den Brief samt Inhalt noch einmal gemeinsam mit Löwenthal und der übrigen Redaktion zu überdenken. Öffentlich spielte Dietrich herunter: „Das sind scheißkleine Differenzen. Wo kämen wir hin, wenn jeder, der im Suff



Geheimsender-Leiter Hoffmann
Meldungen vom rollenden Reich

die Internationale singt, zur Rechenschaft gezogen würde.“

Das Überdenken endete abrupt, als sich am Dienstag letzter Woche beim ZDF Journalisten nach dem Fernsehzwist erkundigten. Chefredakteur Dietrich drohte, von Paragraph acht des Manteltarifvertrages für Redakteure Gebrauch zu machen, nach dem jeder, der Interna außer Haus trägt, mit fristloser Entlassung rechnen muß.

Und noch am selben Tag ließ sich einer der aufmüpfigen Redakteure, Wolfram H. Pabel, vernehmen: „Herrn Löwenthals Verhältnis zur NPD ist für uns unbestritten. Sein Verhältnis zu den Rechtsradikalen ist hundertprozentig korrekt.“ Nach Pabel bekundeten auch andere Frondeure Loyalität.

Gleichwohl war es dem „Magazin“-Moderator nicht vergönnt, sich ob des Waffenstillstandes so recht zu freuen. Am letzten Donnerstag verließ die Mainzer Anstalt für die bislang höchste Einzelspende zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ eine ZDF-Verdienstmedaille. Medaillenträger: Henri Nannen, Löwenthals ärgster Widersacher.

VERTRIEBENE

RUNDFUNK

Auftrag vom Chef

Absender waren Männer, die „sich selbst seit 25 Jahren treu geblieben sind“ — wie Friedrich-Wilhelm Teschemacher, 57, Vertriebener aus Hinterpommern, Major des Zweiten Weltkrieges und nun Bauer auf dem 30-Hektar-Hof Eichhorst bei Plön im Ostholsteinischen.

Adressat war das „Königlich dänische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten“ zu Kopenhagen: Bei Versicherung „ausgezeichneter Hochachtung“ gab die „Notverwaltung des deutschen Ostens“ — „Vereinigte Landesregierungen der selbständigen Länder Memelland, Ostpreußen, Westpreußen-Danzig, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Sudetenland, Südböhmen und Südmähren“ — den Dänen am 28. Februar 1971 „Kenntnis“ davon, „daß diessseits mit Wirkung vom heutigen Tage der Rundfunksender ‚Deutsches Reich‘ die Welle 102 UKW in Anspruch nimmt“.

Auf einen Lieferwagen montiert, rollt das Deutsche Reich seither über Schleswig-Holsteins Küstenstraßen — nach Andeutung der Notverwalter von einem abgelegenen Ostseestrand-Plätzchen zum anderen, nach jüngster Peilung von Post- und Küstenfunkstellen aber auch entlang der Nordsee-Deiche Dithmarschens.

Zwar dauert es, so das Bundespostministerium, „etwas länger“, den mobilen Sender einzukreisen. Doch schon am Mittwoch letzter Woche schnitt die norddeutsche Funkkontrollmeisterei Itzehoe-Nordsee das Programm mit: Reden von einer Notverwaltungsveranstaltung Ende Februar in Godesberg und die Proklamation, daß „wir die Regierung des dritten deutschen Staates sind“.

Freilich waren die Reichs-Töne nur schwach, und die Aufnahme gelang der Post nur Dank „der mit hohem Gewinn“ (Fernmeldetechnisches Zentralamt Darmstadt) arbeitenden Itzehoe-Antennen. Die Notverwalter selbst kurbelten bisher auf der Suche nach ihrem Sender vergeblich an den Rundfunkgeräten — denn laut Landwirt Teschemacher, Delegierter für das selbständige Land Pommern, waren beim Sendebetrieb „technische Schwierigkeiten“ aufgetreten.

Daß es „nur Anfangsschwierigkeiten“ sind, davon ist Teschemacher überzeugt; er baut auf einen „von uns als Chef geachteten Mann“. Dieser Mann heißt Dr. Günter G. Hoffmann, ist Legationsrat außer Dienst und schart seit Ende der sechziger Jahre eine „Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer“ (GOG) um sich, die nach eigenem Bekunden angeblich 500 000 Sympathisanten und „Mitarbeiter aus allen Parteien und Richtungen“ (Teschemacher) hat: einen „ehemaligen Studiendirektor in Schleswig-Holstein, der noch bis vor einem Jahr SPD-Mitglied“ war, ebenso wie „natürlich auch NPD-Leu-